

#### 4. UMWELT UND ENTWICKLUNG

*Stefanie Christmann*

##### Wird die Chance vertan? Entwurf der UN-Reform verkennt die Umweltgefahren

UN-Generalsekretär Kofi Annan stellte im März 2005 seinen Entwurf einer UN-Reform der Öffentlichkeit vor. Die deutsche Presse berichtete darüber wenig mehr, als dass Annan sich für einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat einsetze – wengleich das Thema keineswegs im Zentrum steht. Nicht im Zentrum der Reform steht auch der Klimawandel – obwohl er sicherheitspolitisch enorme Sprengkraft hat und daher eigentlich im Zentrum stehen müsste. Annans Entwurf ist aus umwelt- und damit auch aus sicherheitspolitischer Sicht enttäuschend und wird den Risiken des 21. Jahrhunderts keinesfalls gerecht. Den Generalsekretär deshalb zu kritisieren, scheint jedoch weder Politik noch Medien opportun.

Voraus ging der Anfang Dezember 2004 veröffentlichte Bericht „*A More Secure World: Our Shared Responsibility*“ des eigens eingesetzten ‚High level Panel on Threats, Challenges and Change‘. Gegenüber dem Bericht des Panels und seinem damaligen Vorwort gibt es in Annans Entwurf vom März 2005 immerhin kleine Verbesserungen.

##### *Was definiert das Panel als Hauptgefahr und was nicht?*

Im Vorwort zum Panelbericht beklagte Annan den Missstand „tiefer Gegensätze zwischen den Mitgliedstaaten“ über das Wesen von Bedrohungen. Er forderte ein „breiteres, umfassenderes Konzept der kollektiven Sicherheit“, das „den Sicherheitsanliegen aller Staaten, ob arm oder reich, schwach oder stark, Rechnung trägt“. Es sei notwendig, rein militärische Sicherheitskonzeptionen zu überwinden und sich stärker für die Millenniumsziele zu engagie-

ren: „Wir (sollten) unser Hauptaugenmerk darauf richten, Bedrohungen am Entstehen zu hindern.“

Der Bericht des Panels und vor allem das Vorwort Annans erschöpften sich jedoch in dem Versuch, die seit dem Irakkrieg in der Sicherheitspolitik zerstrittenen Mächte USA und UN einander anzunähern. Dieser Versuch dominiert auch Annans Entwurf vom März 2005. Aber nicht mehr ganz so ausschließlich.

Das Panel widmete der größten Gefahr des 21. Jahrhunderts, dem Klimawandel, *eine* von insgesamt 110 Seiten. Dort forderte es einen „Nachdenkprozess“ zum Kyoto-Protokoll, den Ausbau erneuerbarer Energien, mehr Energieeffizienz und sogar den Ausbau der Atomenergie. Bei den fünf *Hauptgefahren* nannte der Bericht den Klimawandel nicht einmal explizit, sondern subsumierte ihn unter „Armut, Infektionskrankheiten und Umweltzerstörung“. Annan schrieb in seinem vierseitigen Vorwort nicht ein einziges Wort zu Klimawandel oder Umweltgefahren. Er widmete aber einen langen Passus den Gesundheitsgefahren; er warb für eine groß angelegte „Initiative zum Wiederaufbau der globalen öffentlichen Gesundheit“ und sah darin „auch die Grundlage für eine wirksame globale Verteidigung gegen Bioterrorismus“.

Bei den vom Panel identifizierten globalen Hauptgefahren standen Themen Kofi Annans (Armutsbekämpfung, Infektionskrankheiten, HIV/Aids) neben Gefahren, unter deren Banner George W. Bush Soldaten ins Feld führen lässt: nukleare, radiologische, chemische und biologische Waffen sowie Terrorismus. Hinzu kamen zwischen- und innerstaatliche Konflikte sowie grenzüberschreitende organisierte Kriminalität.

Bei den globalen Hauptgefahren sucht man nicht nur den Klimawandel vergeblich:

- Knapp zwei Jahre nach der Invasion im Irak sah das Panel nicht die Gefahr von *Krieg für Öl* oder von Krieg um Gebiete, durch die Pipelines führen sollen – trotz z.B. jahrelanger Kaukasuskonflikte.
- Ebenso fehlte die *Süßwasserkrise*, obwohl der Klimawandel sie erheblich verschärfen wird. Einer der blutigsten Kriege der jüngsten Zeit entzündete sich an der grenzüberschreitenden Wassernutzung in einem dünn besiedelten Gebiet: der Äthiopien/Eritrea-Krieg 1998-2000. Immer noch stehen entlang der Grenze Blauhelme der UN. Da Wasser – anders als Öl – durch

nichts zu ersetzen ist, sind Kriege um Wasser fürs 21. Jahrhundert noch wahrscheinlicher als Kriege um Öl.

- Nur wenige Jahre nach der – durch Börsenspekulanten verursachten – Asienkrise fehlte auch die *Fragilität eines börsengetriebenen Turbokapitalismus*, dem die reale Wirtschaft ausgeliefert ist.
- Auch den rasanten *Verlust von Arten, von Böden, die Gefahren der grünen Gentechnik* und die *umweltzerstörende Lebensweise der globalen Oberschicht* sieht das Panel nicht als Sicherheitsrisiken an.

Dass die Gefahren des Klimawandels verkannt wurden, ist besonders fatal. Denn erstens ist der Klimawandel eine globale Gefahr. Zweitens schließt sich das Zeitfenster, in dem man ihn noch spürbar abbremsen kann, in etwa 15 Jahren; darüber verlor das Panel aber kein Wort. Drittens verschärft der Klimawandel zahlreiche andere Sicherheitsgefahren (Süßwasser, Ernährung, Umweltflüchtlinge etc.). Dies sind Risiken, die *sicherheitspolitisch* größere Sprengkraft haben als Krankheiten: Krankheiten führen zur allmählichen Schwächung einer Gesellschaft. Umweltflüchtlinge aufgrund fehlenden Süßwassers oder Landverlust durch Überschwemmung oder Verwüstung verursachen hingegen massive Ressourcen-, Land- und Machtkonflikte im Zielland.

Umweltkonflikte, z.B. zwischen den Ober- und Unterliegern eines Flusses, haben sehr viel mehr Dynamik, mehr Konfliktpotenzial als Krankheiten. Als Äthiopien Ende der 1970er Jahre ankündigte, den Blauen Nil zu stauen, drohte Ägypten, die Baustellen zu bombardieren. Nur wenige Länder haben den größten Teil ihres Wasserverbrauchs auf dem eigenen Territorium. Die meisten sind auf gute, grenzüberschreitende Nachbarschaft angewiesen. Schon heute werden Ströme von Industrie und Landwirtschaft übernutzt und dadurch zu Flüssen. Schon heute erreichen Flüsse in manchen Monaten das Meer nicht mehr. Mit fortschreitendem Klimawandel wachsen dadurch die Konflikte zwischen Ober- und Unterliegern. Werden die Flüsse auch zur Erzeugung von Energie genutzt (Wasserkraft, Kühlung von Atomkraftwerken), kann im Sommer aus Niedrigwasser oder aus zu hoher Wassertemperatur schnell eine große Gefahr werden.

### *Der UN-Reformentwurf vom März 2005*

Der Generalsekretär sagt zu Beginn seines Entwurfs einer UN-Reform, er wolle sich auf die wichtigsten Themen konzentrieren. Auf Themen, bei denen in den nächsten Monaten noch Fortschritte erreichbar seien. Weshalb verweist er dann aber nicht auf die Verschärfung der *Süßwasserkrise* durch den Klimawandel? Im April 2005 soll die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) die Politik zur Erreichung der Millenniumsziele im Wasser- und Abwasserbereich nachjustieren. Die CSD könnte fordern, stärker als bisher die regionalen Auswirkungen des Klimas auf die Wasserhaushalte zu erforschen. Nur mit diesem Wissen kann man den Zugang zu sauberem Wasser nachhaltig machen.

Im Mai 2005 hat ein internationales Klimaseminar Kyoto II stattgefunden. Annan forderte substanzielle Verpflichtungen für die Zeit nach 2012 von den Ländern des Nordens und des Südens. Das heiße Eisen *Flugverkehr* fasst er aber nicht an, obwohl dort die Emissionen am schnellsten wachsen. Er erinnert auch nicht daran, dass sich das Zeitfenster für wirkungsvollen Klimaschutz bald schließt, dass also mehr Tempo notwendig ist. Vor allem fehlt das Ziel, die globale Erwärmung zumindest unter zwei Grad zu halten. Ein solches Votum des UN-Generalsekretärs wäre ein idealer Aufschlag für das Klimaseminar gewesen.

Der Entwurf Annans stellt – neben der institutionellen Reform der UN – die Millenniumsziele und die vom Panel benannten Hauptgefahren in den Mittelpunkt: Terrorismus, nukleare, biologische und chemische Waffen etc. Da der Nachhaltigkeitsgipfel von Johannesburg 2002 der Bezugspunkt ist, betont Annan die Armut- und Krankheitsbekämpfung. Er fordert von Weltbank, Währungsfonds und Welthandelsorganisation (WTO) Entscheidungen im Sinne der Doha-Runde. Damit geht er über das Panel hinaus. Aber er bleibt die überfällige Synthese von Rio und Johannesburg schuldig.

Annan fordert den Schutz der Biodiversität, übersieht aber, dass der Klimawandel ihr größter Feind ist. Er fordert nationale Umweltschutzpläne und formuliert: „One of the greatest environmental and development challenges in the twentyfirst century will be that of controlling and coping with climate change.“ Gewicht, Priorität und konkrete Zielzahlen für einen umfassenden Klimaschutz bleibt er aber schuldig.

Bei den Entwicklungszielen, den nuklearen Gefahren oder beim Terrorismus ist er viel konkreter und ausführlicher als bei Umweltfragen. Er fordert zwar ganz allgemein den Ausbau erneuerbarer Energien und von Effizienztechnologien. Viel expliziter fordert er dagegen Frühwarnsysteme gegen *natural disaster* – wie den Tsunami. Der UN-Generalsekretär verkennt, dass der Klimawandel die globale Naturkatastrophe schlechthin sein wird.

*Ein Beispiel: Folgen des Klimawandels für China und den indischen Subkontinent*

China und der indische Subkontinent sind das Zuhause von mehr als einem Drittel der Weltbevölkerung, Tendenz steigend. Das Himalaya ist der „Water Tower of Asia“ (WWF) oder der „dritte Pol der Erde“ (Frank Riedel), ebenso wie Süd- und Nordpol ein riesiger Speicher vereisten Wassers. Nur ist die Klima(folgen)-forschung in der Heimat von Eisbären und Pinguinen fortgeschrittener als die Forschung am dritten Pol, der von vielen Menschen bewohnt wird.

Die Erwärmung im Himalaya ist mit einem Grad Celsius um 0,3 Grad höher als im globalen Durchschnitt. Das „ewige Eis“ schmilzt dort besonders schnell. Zunächst steigt dadurch an einigen Orten die Gefahr, dass Gletscherseen ausbrechen und unter ihnen liegende Siedlungen mitreißen. Mittel- und langfristig ist jedoch das Hauptproblem, dass Millionen Menschen mit den Gletschern ihre Süßwasserquellen verlieren. Die Gletscher speisen sieben der großen Flüsse Asiens: Ganges, Indus, Brahmaputra, Salween, Mekong, Jangtsekiang und den Gelben Fluss. Der Verlust von Gletscherwasser kann dazu führen, dass z.B. der Ganges in den für die Landwirtschaft wichtigen Monaten Juli bis September zwei Drittel weniger Wasser führen wird. Flüsse sind auch wichtige, teilweise die einzigen großen Verkehrsstraßen. Extremer Wassertiefstand hat weitreichende Folgen für Warentransporte und die Regionen, die davon abhängen.

Die Gletscherschmelze bedroht aber sehr viel mehr Menschen als nur die Bergbevölkerung. Diese wird nur zuerst zu Umweltflüchtlingen, weil Trinkwasser zu knapp wurde, Weiden und Felder nicht mehr fruchtbar sind, Wasserkraft nicht mehr Strom erzeugen kann. Die großen Flüsse in Nepal, Indien, China, Myanmar und

Bangladesch werden in dieser kritischen Phase von Landflucht schon sehr viel weniger Wasser führen. Die Bergbevölkerung, Tibeter und andere Buddhisten, werden in hinduistische, muslimische oder religionsfeindliche Regionen abwandern müssen. In Regionen, in denen ohnehin schon Konflikte um die Mangelressource Wasser herrschen: zwischen Stadt und Land, Reich und Arm, Haushalten, Industrie, Handwerk, Energiewirtschaft und Landwirtschaft, zwischen Ober- und Unterliegern.

Schon für die Jahre ab 2020 rechnet Bill Hare vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) mit weltweit 400-800 Millionen Menschen *zusätzlich*, die klimawandelbedingt massive Süßwasserprobleme haben werden. Hinzu kommt, dass die Erwärmung des Wassers und das Abschmelzen von Gletschern und Polkappen den Meeresspiegel steigen lassen. Die 133 Millionen muslimischen Bangladescher zum Beispiel haben nur zwei Nachbarn, zu denen sie flüchten könnten: das noch ärmere Myanmar, ein Militärregime, und den Hindustaat Indien.

Erste Folgen des Klimawandels sind im Himalaya schon heute Realität. Durch den Klimawandel ist der Sommermonsun in Ladakh sehr viel schwächer. Seen füllen sich nicht mehr auf, weil die Verdunstung durch den Klimawandel höher ist als früher. Der ehemals große See Tso Kar ist so klein und salzhaltig geworden, dass viehzüchtende Nomaden bereits in andere Gebiete ausgewichen sind. Nomaden werden in Gebieten sesshaft werden müssen, in denen Ackerland schon ohne Zuzügler so knapp ist, dass nur der älteste Sohn erbt. In Nepal gibt es seit Jahren eine umweltbedingte Binnenwanderung aus dem Himalaya nach Kathmandu und ins bevölkerungsreiche Terai. In China droht, so Hare, durch die globale Erwärmung schon früh der Zusammenbruch von Wäldern. Die Wüsten in Indien und China wachsen. Die Megastädte an der Küste werden massiv durch den steigenden Meeresspiegel bedroht. Verschärfend kommt hinzu, dass Reis, das Hauptnahrungsmittel in China und auf dem indischen Subkontinent, besonders empfindlich auf Klimaveränderungen reagiert; Experten rechnen mit starken Ernteeinbußen.

### *Panelbericht und Entwurf hinken dem Diskurs hinterher*

Das UN-Panel und der UN-Generalsekretär bleiben schon in der Bewertung der Gefahren und Bedrohungen weit hinter jüngsten Veröffentlichungen zurück.

Das Worldwatch Institute (2005) stuft „nichtmilitärische“ Sicherheitsrisiken gefährlicher ein als militärische. Bei den nichtmilitärischen hätten soziale Faktoren und Umweltveränderungen ein gleich hohes Risikopotenzial.

„An Abrupt Climate Change Scenario and its Implications for the United States“, eine vom Pentagon in Auftrag gegebene Studie, befand im Oktober 2003 sogar, der Klimawandel sei für die USA gefährlicher als internationaler Terrorismus.

Der Klimaforscher Sir John Houghton schrieb am 28. Juli 2003 im *Guardian*: „The impacts of a global warming are such that I have no hesitation in describing it as a ‚weapon of mass destruction‘.“

Premierminister Tony Blair will den Kampf gegen den Klimawandel zum Top-Thema der G8 machen.

Sind die Vereinten Nationen also nicht mehr die Vorhut progressiver Politik, sondern die zögerliche Nachhut?

Kofi Annan sieht Tabo Mbeki sehr kritisch, weil der südafrikanische Präsident allen Erkenntnissen zum Trotz die Ansteckungswege von HIV leugnet und dadurch sein Volk ungeschützt Lebensgefahren aussetzt. Aber ist nicht auch ein UN-Generalsekretär eine tragische Fehlbesetzung, wenn er wissenschaftlichen Studien zum Trotz die Folgen des Klimawandels unterschätzt? Oder sie in der Hoffnung auf bessere Beziehungen mit US-Präsident Bush kleinredet?

Dürren, Hurrikane, Überschwemmungen, der steigende Meeresspiegel und die Veränderung der Klimazonen werden in vielen Ländern des Südens Entwicklungsfortschritte und die Hoffnung auf Überwindung der Armut zunichte machen. Bill Hare rechnet damit, dass ohne entschlossene Gegenmaßnahmen eine globale Erwärmung um ein Grad Celsius bereits 2025 eintritt; 2050 können zwei Grad und schon früh in der 2. Hälfte dieses Jahrhunderts drei Grad erreicht sein. Tritt diese Prognose ein, ist das Millenniumsziel, die Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser bis 2015 zu halbieren, zum Scheitern verurteilt. Genauso das Ziel, die Zahl der Armen bis 2015 zu halbieren. Denn schon

mittelfristig drohen durch den Klimawandel Rückschritte bei Trinkwasserversorgung und Armutsbekämpfung. Seit Ende der 1990er Jahre gibt es bereits mehr Umwelt- als Kriegsflüchtlinge. Die Zahl der Umweltflüchtlinge kann sich in den nächsten 20 Jahren auf 100 Millionen vervierfachen. Das wird absehbar militärisch geführte Konflikte zur Folge haben.

#### *Existenzielle Gefahren treten früher ein als erwartet*

Seit Jahrzehnten steigt die globale Durchschnittstemperatur in jeder Dekade um 0,1 Grad Celsius. Der wirtschaftliche Boom in China und Indien und der wachsende Flugverkehr können dieses Tempo steigern. Außerdem entdeckten Forscher, dass die Gletscher und das arktische Schelfeis schneller schmelzen als bisher prognostiziert. Existenzielle Gefahren für Länder wie Bangladesch, Indien, China, Ägypten und die kleinen Pazifikatolle können daher früher eintreten als erwartet. Die zunehmende Verstädterung findet vor allem an den Küsten statt. Ein steigender Meeresspiegel wird dadurch weltweit zur Gefahr für bis zu zwei Mrd. Menschen. Das DIW rechnet bei einer Erwärmung um ein Grad für 2050 mit Schäden von 2.000 Mrd. US-Dollar. Die Schäden des Klimawandels werden die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) um ein Mehrfaches übersteigen. Notwendig wäre also, weitere Finanzquellen für den Klimaschutz zu eröffnen.

Im Süden, teilweise auch im Norden werden die Schäden von Hurrikanen und Überschwemmungen die Volkswirtschaften extrem belasten. Geld für Anpassungsmaßnahmen wie höhere Deiche und bessere Evakuierungssysteme wird knapp, wenn man Jahr für Jahr – und manchmal mehrfach – hinter einem Hurrikan aufräumen und neu aufbauen muss. Selbst das reiche Florida könnte zur Dritten Welt in der Ersten werden.

Forschungsinstitute und Rückversicherer sehen steigende Schäden durch den Klimawandel als gegeben an; denn er hat begonnen und ist unumkehrbar. Das Panel von 2004 versteigt sich hingegen zu Formulierungen wie dieser: „Falls der Klimawandel noch heftigere Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren und Stürme (als im vergangenen Jahrzehnt, S.C.) verursacht“, würden die Schäden wachsen. Derart blamable Sätze finden sich in Annans UN-Reformentwurf vom März 2005 nicht.



### *Die bisherigen Reformvorschläge sind unzureichend*

Wie die Analyse und Bewertung der Gefahren, so die Reformvorschläge. Das Panel und der Generalsekretär fordern z.B. eine Erweiterung des Sicherheitsrats auf 24 Mitglieder, eine neue „Kommission für Friedenskonsolidierung“ und einen Stellvertretenden Generalsekretär für Frieden und Sicherheit. Soll er Grenada vor weiteren Hurrikänen schützen? Sahara-Anrainer vor Dürren? Bangladesch vor Überschwemmungen?

Im Panel-Bericht gab es kein starkes Votum, das kleine Umweltprogramm UNEP zu einer starken UN-Organisation mit umfangreichen Kompetenzen auszubauen. Das Panel regte lediglich mehr Zusammenarbeit zwischen UNEP, dem UN-Entwicklungsprogramm UNDP und der Weltbank zur „Verbesserung von Gefährdungsanalysen“ an. Es wollte mehr Zusammenarbeit mit den „am meisten betroffenen Regierungen“, um deren Anpassungsfähigkeit zu stärken. Also End-of-pipe-Technologien statt Prävention auf der Ebene der Ursachen.

Der Generalsekretär fordert eine Stärkung und Bündelung von Umweltkompetenzen bei einer bestehenden Organisation, „such as“ UNEP. Einen Ausbau zu einer Umweltorganisation, die auf Augenhöhe mit der WTO und der Weltbank verhandeln könnte, fordert er – anders als Schröder, Chirac und andere Staatschefs – nicht. Er bleibt auch die explizite Forderung schuldig, Weltbank, UN-Kreditagentur (MIGA) und regionale Entwicklungsbanken zu verpflichten, die Prioritäten zugunsten von Klimaschutz neu zu setzen. Bisher fördern sie vor allem die fossile Energiewirtschaft.

### *Klimaschutz – ein Schlüssel für Entwicklung und Sicherheit*

Der UN-Generalsekretär versäumt ebenso wie das Panel, die 2-Grad-Celsius-Marke zu einem ultimativen Postulat der UN-Sicherheitspolitik zu machen. Erst das hätte Konsequenzen für die UN insgesamt. Die beste Katastrophenvorsorge ist es, die eigene ökologische Verwundbarkeit konsequent zu verringern und die Lebensweise an die Bedingungen der Erde anzupassen (Vandana Shiva). Nachhaltige Wirtschafts- und Lebensstile sind Grundvoraussetzung für globale Sicherheit. Diesen notwendigen Paradigmenwechsel bleibt Annan schuldig.

Klimaschutz schüfe zudem Win-win-Situationen: Der massive Ausbau heimischer erneuerbarer Energien befreit Länder des Südens aus dem Teufelskreis teurer Ölimporte; er ist elementare Voraussetzung nachhaltiger Armutsbekämpfung. Erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz tragen zur Vermeidung von *Krieg für Öl* bei. Sie bauen auch der Gefahr vor, dass hochangereichertes Uran aus der Energiewirtschaft für die Atomwaffenproduktion abgezweigt und an andere Staaten oder an Terrororganisationen weitergegeben wird. Zwar setzte sich das Panel für die Stärkung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) ein. Aber die IAEO kämpft auf verlorenem Posten, solange Staaten Atomkraftwerke bauen; denn so lange wächst die Proliferationsgefahr. Das Panel empfahl paradoxerweise sogar den Ausbau der Atomwirtschaft, um den Klimawandel zu begrenzen. Diesen Fehler wiederholt Annan immerhin nicht.

#### *Das UN-Konzept der Global Public Goods*

Da er den Klimawandel nur am Rande in die Betrachtung einbezieht, doktert Kofi Annan mit seinen UN-Reformvorschlägen an Symptomen herum, statt an den Ursachen anzusetzen. Urquelle der schwerwiegendsten Instabilitäten, Entwicklungsprobleme, Risiken und Konflikte ist die heutige Energieversorgung. Die Energie- und Klimapolitik der USA verschärfen das größte Sicherheitsrisiko dieses Jahrhunderts und sind damit selbst ein globales Sicherheitsrisiko. Nicht nur aufgrund des hohen US-amerikanischen Anteils an den globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen; nicht nur durch amerikanische *Kriege für Öl*. Mit welchem Argument kann man die Schwellenländer und die OPEC-Staaten für eigene Klimaschutzverpflichtungen gewinnen, wenn die USA energie- und klimapolitisch weiter den wilden Mann spielen?

Der Schutz des Klimas muss mit der *equity*-Debatte verknüpft werden. Ein Anwalt „aller Staaten, ob arm oder reich, schwach oder stark“ müsste fordern, die Erdatmosphäre und ein stabiles Klima zum kollektiven Gut zu erklären und unter den Schutz der UN zu stellen! Aus einem solchen Konzept könnte man dann Sanktionen gegen Zerstörer wie die USA oder Saudi-Arabien ableiten. Gerade in Zeiten des globalen Zugriffs und der globalen Auswirkungen individuellen und staatlichen Handelns ist es si-

cherheitspolitisch überfällig, das Konzept der *Global Public Goods* weiterzuentwickeln und mit Zähnen zu versehen (s. Kaul 2003). Ein Sicherheitskonzept für das 21. Jahrhundert, das dies nicht einmal anstrebt, ist im Jahre 2005 wertlos.

Die weitgehende Vermeidung von Themen, die ein rotes Tuch für die USA sind, soll offenbar dem „Dialog“ zwischen UN und USA nutzen. Aber Bush hat gerade den UN-Gegner John Bolton zum amerikanischen UN-Botschafter ernannt und den Falken Paul Wolfowitz als neuen Weltbankchef durchgesetzt. Beides brüskiert die UN. Damit wird der Kotau Annans zur vergeblichen Unterwerfung. Angesichts dieser Lage drängt es sich auf, einen Satz Herbert Marcuses aus „Triebstruktur und Gesellschaft“ aufzugreifen und abzuwandeln: Selbst der Kampf gegen die Freiheit wiederholt sich in der Seele des Menschen als Selbstunterdrückung *der unterdrückten UN* (des unterdrückten Individuums), und die Selbstunterdrückung wiederum stützt *die USA* (die Herrschenden) und ihre Institutionen.

Wäre Annan als Sanitäter in einem undichten, sinkenden Boot, würde er zuerst das Leck abdichten und Wasser schöpfen, die Überlebensgrundlage für alle im Boot sichern. Erst danach würde er die Menschen medizinisch versorgen und Streit schlichten. Das sollte er auch als UN-Generalsekretär tun. Dann würde er seinem eigenen Anspruch gerecht, den „Sicherheitsanliegen aller Staaten, ob arm oder reich, schwach oder stark“ zu dienen.

### *Literaturhinweise*

- Biermann, F./Simonis, U.E. (1988): Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung. Policy Paper Nr. 9, Stiftung für Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Hare, B.: Relationship between increases in global mean temperature and impacts on ecosystems, food production, water and socio-economic systems. Manuskript. Vortrag bei der UK-Klimakonferenz in Exeter, 1.-3. Februar 2005.
- Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel: Eine sichere Welt: Unsere gemeinsame Verantwortung, 2.12.2004 – [www.dgvm.de](http://www.dgvm.de)
- Kaul, I. (2003): Globale öffentliche Güter. In: JAHRBUCH ÖKOLOGIE 2004, München, S. 61-71.
- Rai, S.C.: An Overview of Glaciers, Glacier Retreat, and Subsequent Impacts in Nepal, India and China, WWF Nepal Program, March 2005 – [www.wwf.de](http://www.wwf.de)
- Secretary-General: In larger freedom: Towards development, security and human rights for all, 21 March 2005 – [www.un.org](http://www.un.org)
- Worldwatch Institute (2005): State of the World 2005. Redefining Global Security, New York, London.